1. Die Verwaltung wird beauftragt, bezogen auf die Flächen Schulstraße und Am Rosenhain sowie die angrenzenden Flächen die Möglichkeit zur dauerhaften Bebauung mit Wohnhäusern, die sowohl den Wohnbedarf für Flüchtlinge als auch zur normalen bzw. preisgünstigen Wohnnutzung geeignet wären, zu prüfen und über das Prüfergebnis dem Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss zeitnah zu berichten.
2. Die Verwaltung wird zudem beauftragt, mit den Grundstückseigentümern erste diesbezügliche Gespräche zu führen.